



---

## TOP VI Tätigkeitsbericht der Bundesärztekammer

Betrifft: Die ambulante Basisversorgung sichern

### Entschließungsantrag

Von: Herrn Dr. Axel Brunngraber als Delegierter der Ärztekammer Niedersachsen  
Frau Dr. Susanne Blessing als Delegierte der Landesärztekammer Baden-Württemberg  
Herrn Wieland Dietrich als Delegierter der Ärztekammer Nordrhein  
Frau Christa Bartels als Delegierte der Ärztekammer Nordrhein  
Herrn Martin Grauduszus als Delegierter der Ärztekammer Nordrhein  
Herrn Dr. Hans Ramm als Delegierter der Ärztekammer Hamburg  
Herrn Dr. Adib Harb als Delegierter der Ärztekammer Hamburg  
Herrn Dr. Udo Schulte als Delegierter der Landesärztekammer Baden-Württemberg  
Frau Dr. Birgit Wulff als Delegierte der Ärztekammer Hamburg  
Herrn Fritz Stagge als Delegierter der Ärztekammer Nordrhein

---

### DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE FOLGENDE ENTSCHEIDUNG FASSEN:

Der 114. Deutsche Ärztetag fordert den Vorstand der Bundesärztekammer auf, sich für ein transparentes, berechenbares, angemessenes Honorar für die persönlich erbrachten Leistungen der Haus- und Fachärzte einzusetzen. Nach dem Scheitern der letzten Vergütungsreform von 2007 (GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz) sind bundesweit haus- und fachärztliche Praxen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Ambulante ärztliche Qualitätsleistungen können bei ständig wechselnden Billigpauschalen nicht mehr realisiert werden. Das politisch beklagte Problem der ungleichen Verteilung von Ärzten in verschiedenen Regionen würde ohne dirigistische Maßnahmen durch eine verbesserte Vergütung der persönlich erbrachten ärztlichen Leistungen gelöst werden können. In dieser Hinsicht muss sich die Bundesärztekammer berufspolitisch für den Erhalt einer wohnortnahen Versorgung auf hohem Niveau durch freiberufliche Ärztinnen und Ärzte und für eine positive Perspektive für den ärztlichen Nachwuchs einsetzen.

#### Begründung:

In den politischen Debatten zum geplanten Versorgungsgesetz für 2012 wird allgemein von einer falschen Verteilung der Ärzte ausgegangen, die dadurch gelöst werden soll, dass die angeblich „überversorgten“ städtischen Regionen Ärzte und Honorar abgeben sollen, damit die ländlichen Regionen besser mit Ärzten versorgt werden. Abgesehen davon, dass staatliche „Ärztelandverschickungsprogramme“ in einer freiheitlichen Gesellschaft wenig Aussicht auf Erfolg haben, wird in der Diskussion zu wenig

---

Angenommen:  Abgelehnt:  Vorstandsüberweisung:  Entfallen:  Zurückgezogen:  Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0



---

Augenmerk auf die Hauptursachen der vermeintlichen „Verteilungsproblematik“ gelegt. Die milliardenschweren „Zuwächse“ sind in den wohnortnahen Haus- und Facharztpraxen nicht angekommen. Gute Medizin vor Ort ist mit pauschalisierten Minimalbeträgen nicht mehr zu leisten. Die persönliche Medizin wird strukturell massiv benachteiligt. Die heutigen Probleme sind nur durch einen Kurswechsel der Gesundheitspolitik in Richtung auf eine innovative und angemessene Vergütung ärztlicher Leistungen für alle Versicherten lösbar.